

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Freimut Duve, Dr. Peter Struck, Hans-Günther Toetemeyer,
Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dorothee Wilms, Dr. Volkmar Köhler
(Wolfsburg), Karl Lamers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Gerhard Schüßler, Dieter-Julius Cronenberg
(Arnsberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
— Drucksachen 12/5064, 12/6504 —

Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das Bild Deutschlands und der Deutschen in der Welt hat sich seit dem Ende der DDR verändert. Große Zustimmung, ja Begeisterung für die Herstellung der Einheit waren gepaart mit Skepsis und Zurückhaltung gegenüber dem größeren Deutschland in Europa. Die alles in allem positive Entwicklung der letzten vier Jahre wird mehr und mehr getrübt durch Ereignisse und ihre Bilder, die von Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer geprägt sind.

Der Auswärtigen Politik kommt in der nach dem Fall der Mauer veränderten Weltlage eine noch stärkere Bedeutung zu. Die Auswärtige Kulturpolitik ist integraler Bestandteil unserer auswärtigen Beziehungen, die mehr denn je getragen werden müssen vom gegenseitigen Vertrauen. Für ein Land, das seit Jahrhunderten mehr Nachbarn hat als die meisten anderen Staaten der Welt und dessen Wirtschaftskraft zugleich vom Handel mit anderen Kontinenten ganz wesentlich bestimmt wird, muß oberster Grundsatz aller Bindungen mit der Welt sein: Niemand soll Angst vor uns haben müssen, alle mögen Interesse an unserem Land, an unseren Menschen, an unserer Kultur und an unseren wirtschaftlichen und technologischen Leistungen haben.

Die historischen Veränderungen seit 1989 bedeuten neue Herausforderungen an die Auswärtige Kulturpolitik, aber keine Änderung der grundsätzlichen Ziele, wie sie die Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik 1975 formuliert hatte.

Auswärtige Kulturpolitik ist kein Mittel der Public Relation und der Selbstdarstellung, sondern sie soll dem Austausch und der Begegnung der Kulturen dienen und gleichrangig neben der Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Aufgaben stehen. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die weitere Gültigkeit dieser Aussagen. Er wendet sich in diesem Sinne gegen alle Versuche, die Auswärtige Kulturpolitik auf die politische und kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesrepublik Deutschland zu reduzieren.

2. Der Deutsche Bundestag teilt die Feststellung der Bundesregierung, daß die Auswärtige Kulturpolitik die gewachsenen kulturellen Bindungen erhalten und fortentwickeln muß. Kontinuität bei Planung und Durchführung ist die zentrale Voraussetzung für dauerhafte und tragfähige Erfolge der Auswärtigen Kulturpolitik. Sie garantiert, das bei den Partnern im Ausland erworbene Vertrauen zu erhalten und zu festigen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die Versicherung der Bundesregierung, auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß die Auswärtige Kulturpolitik die finanzielle Ausstattung erhält, die sie braucht, um ihre alten und neuen Aufgaben zu erfüllen. Unter dem Eindruck der dennoch in den vergangenen Jahren erfolgten gefährlichen Einschnitte richtet der Deutsche Bundestag an die Bundesregierung die Erwartung, trotz aller Haushaltszwänge von kurzatmigen finanziellen Eingriffen in das Haushaltsvolumen abzusehen und statt dessen Einsparungen durch bessere Koordination dort zu erreichen, wo dies ohne Substanzverlust möglich ist.

3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die große Bedeutung der Mittlerorganisationen, und hier in erster Linie der Goethe-Institute, für das Bild der Bundesrepublik Deutschland im Ausland. Die Goethe-Institute verfügen weltweit über eine hochentwickelte Infrastruktur. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnen sich durch einen hohen internationalen kulturpolitischen und interkulturellen Sachverstand zur Wahrnehmung der Aufgaben aus. Der Deutsche Bundestag bedauert deshalb die dem Goethe-Institut verordneten gravierenden Sparmaßnahmen: Zusammen mit den Stellenkürzungen und den Streichungen bei den Sachmitteln ist die Schließung von Bibliotheken und die erzwungene Ausdünnung oder Einschränkung der Arbeit in einer Reihe von Ländern bereits die sichtbare Folge. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das bestehende Netz zu erhalten und weiter auszubauen. Die Einrichtung von Instituten in Osteuropa darf nicht zu Lasten bestehender Institute, insbesondere in der Dritten Welt, gehen.
4. Der Deutsche Bundestag stellt in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, daß die in der Welt einzigartige Praxis der Autonomie der Mittlerorganisationen sich bewährt hat. Ihre Arbeit muß frei bleiben von offizieller oder offiziöser Lenkung. Es muß den Mittlerorganisationen vor Ort überlassen bleiben,

auf welche Weise sie ein politisch und historisch ausgewogenes, auch selbstkritisches Bild der Bundesrepublik Deutschland vermitteln wollen. Dies schließt den offenen und intensiven Dialog mit den Auslandsvertretungen nicht aus, wohl aber die Kontrolle durch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, der verstärkten Nachfrage nach deutschem Sprachunterricht zu entsprechen. Er weist jedoch mit Nachdruck Bestrebungen zurück, zugunsten der reinen Sprachvermittlung andere Kulturmaßnahmen zu reduzieren. Allein im Zusammenwirken von Sprachvermittlung und Kulturprogrammen kann ein umfassendes Bild der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden.
6. Der Deutsche Bundestag sieht die Einrichtung von dem Bundespresseamt unterstellten Informationszentren sehr skeptisch. Sie dienen der Öffentlichkeitsarbeit, lassen jedoch den Begegnungscharakter vermissen. Der Deutsche Bundestag appelliert daher angesichts der bedrängten Haushaltslage an die Bundesregierung, von einer Kürzung der finanziellen Zuwendungen an die Mittlerorganisationen zugunsten der Informationszentren abzusehen und deren weiteren Ausbau zu begrenzen.
7. Der Deutsche Bundestag sieht in den Auslandsschulen eines der wichtigsten und wirksamsten Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik und einen essentiellen Bestandteil der Infrastruktur für die deutsche Präsenz in der Welt. Er hält daher eine weitere Kürzung des Schulfonds für nicht tragbar.
8. Der Deutsche Bundestag bittet, der – insbesondere durch die Entwicklung in den MOE-Staaten – erhöhten Nachfrage nach Stipendien zu entsprechen, um den Wissenschaftlern und Hochschulen dieser Länder die Chance einer intensiven Zusammenarbeit mit westlichen Forschungsinstituten zu geben.
9. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Verhandlungen zu einem Kulturabkommen mit der demokratischen Republik Südafrika unverzüglich aufzunehmen.
10. Der Deutsche Bundestag regt an, auf der strikten Einhaltung der im Nachbarschaftsvertrag mit der ehemaligen UdSSR am 9. November 1990 vereinbarten Rückführung unrechtmäßig erworbener Kunstschätze zu bestehen.

Bonn, den 15. Juni 1994

Freimut Duve
Dr. Peter Struck
Hans-Günther Toetemeyer
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

